

#### Anrede

1. Bürgerbegehren sind ein wichtigstes Instrument der Demokratie. Die RP berichtete in ihrer gestrigen Ausgabe, dass nur noch die Hälfte der Bürger:innen der Demokratie vertrauen, dass aber eine Mehrheit von 71 Prozent wünscht, dass sie bei wichtigen politischen Entscheidungen, vor allem in der Kommune einbezogen werden.

Dies gilt es im Hinterkopf zu behalten, wenn Sie heute über das Anliegen des Bürgerbegehrens Radentscheid entscheiden, das innerhalb von drei Monaten von mehr als 2.600 Wahlberechtigten unterschrieben wurde. Es wären mehr gewesen, hätte die Verwaltung das Begehren durch Vorlage zur heutigen Sitzung nicht beendet.

2. Zu den Besonderheiten im Umgang der Verwaltung mit dem Bürgerbegehren gehört auch, dass die Initiatoren über das Auszahlungsergebnis bisher nicht informiert worden sind. Auch blieb ein schriftlicher Gesprächswunsch vom November an den Leiter des Ordnungsamts unbeantwortet. Die Verwaltung hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, dem Rat den offiziellen Text des Bürgerbegehrens zur Verfügung zu stellen. In den Unterlagen finden Sie eine Arbeitsversion, Stand März 2021, die inhaltlich noch mehrfach geändert wurde. Ein respektvoller Umgang sieht anders aus.

3. Nun zum Inhalt:

- a. der Erfolg des von mehr als 2.600 Bürger:innen innerhalb von 3 Monaten unterstützten Bürgerbegehrens zeigt, dass die Verbesserung des Radverkehrs eines der wichtigsten kommunalen Anliegen der Bürger:innen ist.
- b. Mit den konkreten Forderungen des Bürgerbegehrens liegt ein Konzept vor, das umsetzbar ist, das trotz der Haushaltsprobleme finanzierbar ist und das vor allem in den nächsten 5-6 Jahren zu einer durchgreifenden Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur in Kaarst führen wird.
- c. Mit der Umsetzung der ca. 40 Einzelmaßnahmen,– von der Anlage von Schutzstreifen, über die Einführung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen, fahrradfreundlichen Vorfahrtsregeln bis zur Reinigung der Radwege – wird das Fahrrad für die innerstädtischen Wege zum gleichberechtigten Verkehrsmittel zum Auto.

4. Die Bürgermeisterin schlägt Ihnen vor, das Bürgerbegehren abzulehnen. Sie argumentiert, dass „**die durch die Verwaltung vorgesehenen Maßnahmen aus dem Teilkonzept Radverkehr**“ eine größere Optimierung für den Radverkehr erreichen würden.

a. Allerdings: von der Verwaltung vorgesehene Maßnahmen aus dem Fahrradkonzept gibt es bisher nicht. Das ist einfach eine Falschbehauptung! Was es gibt, ist ein Gutachten eines Ingenieurbüros, das sich in vielen inhaltlichen Vorschlägen mit unseren Forderungen trifft.

b. Diese Vorschläge befinden sich in der Beratung. Wenn Sie also den Eindruck erwecken, es gäbe bereits eine bessere Alternative zum Radentscheid, dann ist das nicht redlich – und das werden wir den Bürger:innen auch sagen. Deshalb ziehen Sie die Ziff. 2 Ihres Vorschlags zurück, mit dem ein Phantom zur Kenntnis genommen werden soll.

d. Vielmehr besteht die Gefahr, dass mit den guten Vorschlägen das gleiche passiert, was mit allen früheren Radkonzepten auch passiert ist: Sie werden zur Kenntnis genommen und dann in die Schublade gelegt.

e. CDU und Grüne brauchen fast fünf Monate Beratungszeit, obwohl sie die Vorschläge des Ingenieurbüros bereits seit Anfang Oktober kennen. Und CDU-Vertreter haben bereits zu erkennen gegeben, dass sie einige der wichtigen Vorschläge kritisch sehen.

f. Vor allem aber: CDU und Grüne haben erklärt, dass sie nicht bereit sind, die Vorschläge, die am Ende der Beratungen übrigbleiben, zum verbindlichen Umsetzungsprogramm zu erheben und mit entsprechenden Finanzmitteln für die nächsten Jahre auszustatten.

Was immer also nach dem Ende Ihrer Beratungen herauskommt, es soll unverbindlich bleiben. Heute aber soll der Eindruck erweckt werden, Sie unterstützen dieses Gutachten. Sie präsentieren den Bürger:innen ein Schmuckkästchen ohne Inhalt. Und die Bescherung wird es erst nach dem Bürgerbegehren geben. Herr Runge ist Ihr Nothelfer, den Sie wieder von der Bühne nehmen, sobald Sie ihn nicht mehr brauchen.

g. Die bisherige Fahrradpolitik der Ratsmehrheit trägt nicht gerade dazu bei, Ihnen zu glauben, dass Sie sich nun von der Autopartei zu Fahrradpartei gewandelt haben:

I. In dem zu Ende gehenden Jahr ist außer ein bisschen Farbe bisher in der Verantwortung der Stadt Kaarst nicht viel passiert, um die Situation der Radfahrer zu verbessern. Das Teilstück Sanierung Neersener Str. verdanken wir ja dem Land.

II. Das Auto ist Ihnen nach wie vor wichtiger als das Fahrrad. Sie haben kein Problem heute 295.000 € für die Errichtung von 8 neuen Parkplätzen zu beschließen, planen neue Kreisverkehre, lehnen es aber

ab, im Haushalt 150.000 € zusätzliche Mittel für Radwege einzustellen.

5. Warum also sollten wir nach den bisherigen Erfahrungen dem Versprechen von CDU und Grünen glauben, dass ab sofort alles besser wird? Die einzige Möglichkeit, um zu einer durchgreifenden Verbesserung der Radinfrastruktur zu kommen ist, das Bürgerbegehren zu beschließen. Wenn Sie dieses heute ablehnen, wird es im März zum Bürgerentscheid kommen.

6. Wir haben vor dem direkten Votum der Bürger:innen keine Angst, weil wir die besseren Argumente haben und die Leute es leid sind, dass in dieser Stadt der Radverkehr weiterhin dem Auto untergeordnet wird.

Ich möchte den Rat und die Verwaltung aber bitten:

- Lassen Sie uns eine faire und argumentative, eine sachliche Auseinandersetzung führen!

- Verzichten Sie auf Veranstaltungen unter Nutzung von Steuergeldern, um einseitig gegen den Radentscheid zu mobilisieren.

Bedenken Sie dabei auch: Nur noch 20 Prozent haben Vertrauen in Parteien. Verspielen Sie nicht auch noch den Rest. Wir brauchen Parteien, aber solche, die die Bürger:innen ernst nehmen.

Im März werden – voraussichtlich – die Bürger:innen das letzte Wort haben. Respektieren Sie deren Urteilsvermögen und nehmen Sie sie ernst, täuschen Sie sie nicht, indem Sie Ihnen das „Phantom des Fahrradkonzept“ vorspielen.

Wir werden den Bürgerentscheid zu einem Fest der Demokratie machen – Im Kaarster Frühling!